

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

- a) **Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?**
- b) **Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?**

Wir Freien Demokraten respektieren seit jeher unterschiedliche Lebensentwürfe und stehen für Toleranz. Wir achten den Menschen unabhängig von seiner oder ihrer sexuellen Orientierung. Die Unterstützung beim so genannten Coming out sollte heute bereits selbstverständlicher Bestandteil der Verbändearbeit sein und bildet einen Förderschwerpunkt des Landes. Die Weiterentwicklung von Beratungsstellen und Institutionen sollte im Beirat für Akzeptanz und gleiche Rechte eruiert werden.

Frage 2:

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%,

<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>)

±

- a) **Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?**
- b) **Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?**

Wir Freien Demokraten legen großen Wert darauf, dass junge Menschen in Würde und mit Respekt gegenüber ihrem Lebensentwurf aufwachsen können. Der Schutz vor Diskriminierungen ist für uns ein Bürgerrecht. Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans für Akzeptanz und gleiche Rechte gestatten Sie bitte den Verweis auf Frage 1.

Frage 3:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf). Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

In Baden-Württemberg gibt es seit 2015 den „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ ([https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/msm/intern/downloads/Downloads Offenheit und Akzeptanz/Aktionsplan Akzeptanz 2015.pdf](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/msm/intern/downloads/Downloads%20Offenheit%20und%20Akzeptanz/Aktionsplan%20Akzeptanz%202015.pdf)).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Wir setzen uns dafür ein, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt weiterhin im Schulunterricht behandelt wird und in den Bildungsplänen verankert bleibt. Entsprechendes gilt auch für die Lehrerausbildung. Wir Freie Demokraten treten generell für eine möglichst große Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung der jeweiligen Schule beziehungsweise der Lehrkräfte ein. Dies umfasst thematische Schwerpunktsetzungen im Rahmen des von den Schulen selbst festzulegenden Schulcurriculums ebenso wie den Einsatz von

Unterrichtsmaterialien und die die Umsetzung von konkreten Projekten an den Schulen. Ein konkretes, auf die Bildungsplanvorgaben abgestimmtes Aufklärungsprojekt könnte deshalb den Schulen als ein Vorschlag zur Umsetzung dieser Bildungsplanvorgaben oder ihres Schulcurriculums angeboten werden. Generell stehen wir Schulversuchen grundsätzlich offen gegenüber und wollen deren Genehmigung vereinfachen. Wir befürworten außerdem generell die Benennung von Ansprechpersonen und ihren Zuständigkeiten. Auch mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Größen der Schulen und die entsprechend begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen sollte die einzelne Schule selbst entscheiden können, ob eine Beratungslehrkraft die Funktion der Ansprechperson für Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt mit übernimmt oder hierfür eine eigene Ansprechperson benannt wird.

Frage 4:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen in Baden-Württemberg Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tor für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Wir halten an den Rahmenbedingungen zur Bildung fest, wie es bei Frage 3 beschrieben wurde. Wir Freien Demokraten sehen uns als Garanten für Bürgerrechte. Hierzu gehört es auch, anderweitige Meinungen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, zuzulassen, auch wenn sie zu den eigenen diametral liegen.

Wir fördern die Aufklärung und den Abbau von Vorbehalten und treten für Toleranz ein.

Frage 5:

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema

(http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine **Initiative zu sexueller Sichtbarkeit**:

https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html,

https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissung, Workshop und Demonstration für bisexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

- a) Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Baden-Württemberg vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?**
- b) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge an einem Rathaus oder einem Ministerium gehisst wird? Welches?**
- c) Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?**

Wir freuen uns, über die Aktionen in Schleswig-Holstein informiert zu werden. Es zeigt sich, wie sinnvoll eine Beteiligung der Freien Demokraten an einer Landesregierung ist. Für Baden-Württemberg dürfen wir in der gebotenen Kürze auf die Eckpunkte des landesweiten Aktionsplans für Akzeptanz & gleiche Rechte hinweisen.

Frage 6:

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) gehalten

(<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger

Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema
Bisexualität

(<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert

(https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2021 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in den Landtag einbringen?

Wir Freien Demokraten treten für eine umfassende Antidiskriminierungspolitik ein und wollen dabei alle Facetten beleuchten. Wir bitten um Verständnis, dass es ein Landesverband einer Partei nicht vermag, eine Rede in den Landtag einzubringen. Reden werden anhand von Tagesordnungen des Landtags von frei gewählten Abgeordneten gehalten, die keinen Weisungen gebunden sind, wie es aus gutem Grund Artikel 27 Abs. 3 Landesverfassung vorsieht: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Gleichwohl gehen wir mit Sicherheit davon aus, dass die am 14. März zu wählenden Abgeordneten der Freien Demokraten die Zielsetzungen unserer Partei aus Überzeugung und mit Leidenschaft vertreten.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

- Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?**
- Inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?**

Die Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung an der Freien Universität Berlin (ZEFG) weist in einer bundesweiten Übersicht für Baden-Württemberg elf Professuren mit einer Voll- oder Teildenomination für Frauen- und Geschlechterforschung/Gender und Diversity Studies aus. Ausweislich des Landeshochschulrechts haben die Hochschulen zudem bei allen Aufgaben und Entscheidungen die geschlechterspezifischen Auswirkungen zu beachten, sodass wir davon ausgehen, dass diese Aspekte in zahlreichen Forschungsvorhaben und Lehrveranstaltungen als Teilaspekt mit betrachtet werden. In unserer politischen Arbeit stehen wir Freien Demokraten stets dafür ein, dass jeder Mensch seinen Lebensentwurf verwirklichen kann – ganz gleich ob er schwul oder lesbisch, ob hetero- oder bisexuell, ob inter-, transsexuell oder transgender oder anders eingestellt ist

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich**

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther- oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre- provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, die – vereinfacht gesprochen - ihre Grenzen beim Persönlichkeitsschutz anderer und im Strafrecht finden. Wir fordern zudem eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz an die der europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist eine besonders zu verachtende Straftat.

- http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-_ gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Wir Freien Demokraten setzen auf die Instrumente des Rechtsstaats. Die liberale Welt lässt keinen Raum für Gewalt. Wo sie dennoch stattfindet, wird sie mit allen Mitteln des Rechtsstaats sanktioniert. Die 81 Artikel der Istanbul-Konvention enthalten umfassende Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter und Täterinnen. Die Konvention zielt damit zugleich auf die Stärkung der Gleichstellung von Mann und Frau und des Rechts von Frauen auf ein gewaltfreies Leben.

Frage 10:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

- https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegeln für Männer, die mit Männern Sex haben?

Noch immer ist es homo- und bisexuellen Männern sowie transsexuellen Menschen faktisch verboten, Blut zu spenden. Die Voraussetzung von 12 Monaten Enthaltensamkeit ist diskriminierend und lebensfremd. Blut ist nicht schwul, bi, trans oder hetero. Blut ist Blut!

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wird besonders deutlich, wie sehr es auf jede einzelne Spende ankommt. Denn aktuell werden Blutkonserven in vielen Bundesländern knapp. Deswegen ist es nicht nur diskriminierend, sondern auch fahrlässig zu verhindern, dass homo- und bisexuelle Männer und transsexuelle Menschen Blut spenden.

Wir Freie Demokraten fordern: Das Transfusionsgesetz so zu ändern, dass eine Diskriminierung potenzieller Blutspenderinnen und Blutspender aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität ausgeschlossen wird. Das Blutspendeverbot muss aufgehoben werden.

Frage 11:

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

- a) **Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*- Menschen berücksichtigt werden?**
- b) **Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?**

Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus und Antisemitismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und Akzeptanz gestärkt werden. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ist dazu mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Um rechtliche Diskriminierungen wegen geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung zu beseitigen, wollen wir zum Beispiel das überholte Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer abschaffen und das Transsexuellengesetz endlich so erneuern, dass die Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hürden erfolgt. Die Krankenkassen sollen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen bei Transsexualität übernehmen. Wir fordern zudem eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz an die der europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters.

Frage 12:

Auch heute noch werden **intersexuelle Kinder** ohne medizinischen Grund operiert – eine Praxis, die beschönigend als „geschlechtsangleichende Operation“ bezeichnet wird, in der Realität für die Betroffenen aber eine Genitalverstümmelung mit oft schwerwiegenden lebenslangen

Folgen darstellt: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag haben mehrfach einen entsprechenden Gesetzentwurf und mehr Tempo angemahnt. Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Wahlprüfsteine ist ein "Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung" (Drucksache 19/24686) bereits im Parlamentsverfahren.

Frage 13:

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), plant die Bundesregierung aktuell keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

- a) Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?**
- b) Wie stehen Sie dazu, dass hierbei der sehr eindeutige Rat der Expert*innen von der Politik nicht umgesetzt wird?**

Die Freien Demokraten fordern eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz an die der europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters.

Zum Schluss noch drei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

Frage 14:

Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Nun werden auch immer mehr

Landesverbände dieser Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.

Dennoch scheinen alle Parteien der AfD bislang alles durchgehen zu lassen – von zutiefst

menschenrechtsfeindlichen Äußerungen (vgl.

<https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu **AfD-**

Denunziationsplattformen zu Lehrer_innen (vgl.

<https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>).

Auch gegen die **Corona-Leugner*innen** wird fast nichts unternommen: Sturm auf den Reichstag und späte Ermittlung gegen Hildmann (<https://taz.de/Coronaleugner-im-Bundestag/!5729871/>, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_88969648/attila-hildmann-staatsanwaltschaft-berlin-ermittelt-gegen-corona-leugner.html). Die Querdenken 711-Initiative kommt dabei aus Ihrem Bundesland.

- a) **Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?**
- b) **Was werden Sie gegen die Corona-Leugner*innen, die andere gefährden, unternehmen?**

Die Freien Demokraten haben mit den oben ihren Wertekompass beschrieben, für den wir werben. Die Strafverfolgung ist Sache der Polizei und der Gerichte.

Frage 15:

Vor allem Minderheiten wie LSBTI* – und damit auch Bisexuelle

– haben ihr soziales Umfeld aufgrund von Diskriminierungserfahrungen oft nicht in der Herkunftsfamilie, sondern mussten andere Wege für ein stabiles und unterstützendes soziales Umfeld schaffen. Dieses findet oft nicht im häuslichen Umfeld, sondern in den Räumen von entsprechenden Initiativen oder Szene-Lokalen statt, die durch die bisherigen

Corona- Maßnahmen besonders stark betroffen sind. Für das Ziel einer baldigen Öffnung solcher Räume kann die Corona-Impfung ein wichtiger Baustein sein. Dennoch geht es bei der Impfung nicht so schnell voran, wie es notwendig wäre - und andere Staaten dieser Welt zeigen, dass dies möglich wäre.

- a) Warum werden Ihrer Meinung nach die Lizenzen nicht abgekauft und/oder mehr Fabriken für die entsprechenden Impfstoff-Firmen gebaut, so dass viel schneller Impfstoffe für alle weltweit produziert werden?**
- b) Was tun Sie dafür, dass das Impfen in den nächsten Monaten in Baden-Württemberg gut verläuft?**

Die Produktion von Impfstoffen ist weit komplexer als es die Fragestellung suggeriert. Die Impfstoffbeschaffung und Versorgung regelt zudem der Bund. Sache des Landes ist es, für ein tragfähiges Impfmanagement zu sorgen. Hier gab es in Baden-Württemberg massive Fehlleistungen, die wir klar benannt haben. Seit Kurzem gibt es ein so genanntes Recall-System. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Frage 16:

Der **Klimawandel** ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen.

Auch viele LSBTI*-Jugendliche sehen hier ihre eigene Zukunft gefährdet.

- a) Warum wird der Rat von Klimaforschenden immer noch nicht hinreichend ernstgenommen?**
- b) Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird?**

Wir Freie Demokraten unterstützen ausdrücklich die klimapolitischen Ziele der Pariser Klimakonferenz, die Erderwärmung auf maximal 2, besser 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes sind verbindlich. Schon vor 50 Jahren hat die FDP/ DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg in Sachen Umweltschutz Pionierarbeit geleistet und gefordert, den Klimaschutz als Staatsziel in der Verfassung zu verankern. Was wir ablehnen ist, verbindliche Prozentvorgaben in einem Landesgesetz festzuschreiben. Klimaschutz endet nicht an den Landesgrenzen. Im Oktober 2020 hat das EU-Parlament das EU-Klimaziel bis 2030 verschärft. Der Ausstoß von Treibhausgasen soll im Vergleich zu 1990 um 60 Prozent sinken. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf Nachhaltigkeit durch Innovation und vernünftige Lösungen. Die Stärke Baden-Württembergs und Deutschlands liegt in der Entwicklung, Herstellung und dem Export von Technologien, die die Probleme und Herausforderungen der Zeit lösen. Mit dieser Stärke können wir einen globalen Beitrag zum Klimaschutz leisten und dabei unsere eigene Wirtschaft stärken.

Frage 17:

Was möchten Sie noch ergänzen?

Mit freundlichen Grüßen

Simone Haselmayr
Sekretariat

FDP Baden-Württemberg
Landesverband
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart

Tel. +49 (0) 711 66618 - 15

simone.haselmayr@fdp.de

www.fdp-bw.de

<https://www.facebook.com/fdpbw/>

<https://twitter.com/FDPBW>

https://instagram.com/fdp_bw

